

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 3

Artikel: Ukraine-Krise dominiert Münchner Sicherheitskonferenz

Autor: Lezzi, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513450>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ukraine-Krise dominiert Münchner Sicherheitskonferenz

Die Krise um die politische Zukunft der Ukraine hat die Diskussionen an der 51. Münchner Sicherheitskonferenz dominiert. Trotz jeweils wohl abgewogenen Standortbestimmungen zeigten sich die Differenzen zwischen den USA und Deutschland in der Frage von möglichen Lösungsansätzen zur Entspannung sehr deutlich.

Bruno Lezzi

Die 51. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 6. bis 8. Februar unter dem Vorsitz von Botschafter Wolfgang Ischinger im Hotel Bayerischer Hof stattgefunden hat, stand ganz im Zeichen der Ukraine-Krise. Die Anwesenheit zahlreicher Staats- und Regierungschefs aus vielen Ländern verlieh den Diskussionen in diesem renommierten Forum eine hohe Bedeutung. Brüche im internationalen System seien unverkennbar, bemerkte Ischinger. Wenn Ereignisse wie der Ukraine-Konflikt in einer Region passieren, die derart viele eingespielte Strukturen für Dialog und Konfliktbewältigung aufweise, dann seien auch die globalen Aussichten wenig hoffnungsvoll.

Keine Lösung mit Waffengewalt

Auf spezielles Interesse stiessen die Ausführungen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Russland zwar mit unmissverständlichen Worten Verletzun-

gen des Völkerrechts vorwarf, sich aber gleichzeitig dezidiert gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprach. Eine Politik, die auf gewaltsame Grenzverschiebungen abziele, habe keinen Platz in Europa, bekräftigte die Bundeskanzlerin. Militärisch sei dieser Konflikt jedoch nicht zu lösen, denn Präsident Wladimir Putin lasse sich durch Rüstungshilfe an Kiew wohl kaum beeindrucken. Glücklicherweise habe der Westen 1961 beim Mauerbau, den sie in jungen Jahren miterlebt habe, keine Lösung mit Waffengewalt ins Auge gefasst, meinte Merkel. Wichtig sei es nun, die Instrumente der kooperativen Sicherheit und dabei insbesondere die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die im Übrigen mit dem diesjährigen Ewald-von-Kleist-Preis ausgezeichnet worden ist – zu stärken.

In ähnlicher Weise äusserte sich auch der deutsche Aussenminister Frank-Wal-

ter Steinmeier, der Militärhilfe als äusserst brisant beurteilte. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bezeichnete eine Konzentration auf Waffenlieferungen sogar als «Brandbeschleuniger». Sicherheit in Europa könne auf die Dauer nicht gegen Russland erreicht werden, gab sich Steinmeier überzeugt. Aber auch Russland müsse erkennen, dass Sicherheit nicht in Gegnerschaft zur Europäischen Union geschaffen werden könne. Mit Diplomatie sei alles daran zu setzen, mehr Raum für eine tragfähige politische Lösung zu finden.

Kritik an Angela Merkel

Scharfe Kritik erwuchs der Kanzlerin aus dem Kreis der in München anwesenden amerikanischen Politiker. So warf ihr Senator John McCain in schroffer Weise vor, einer Appeasement-Politik zu huldigen, wie sie 1938 gegenüber dem Dritten Reich betrieben worden sei. Weit differenzierter liessen sich Vizepräsident Joseph Biden und Aussenminister John Kerry vernehmen. Biden betonte, dass Europa nach wie vor der Eckpfeiler im weltweiten Engagement der Vereinigten Staaten bilde. Gerade unter diesem Sichtwinkel dürfe unter keinen Umständen akzeptiert werden, dass Staaten wieder Einflussphären festlegten. Die USA sind, wie Biden unterstrich, für konstruktive Beziehungen zu Russland, eine Auffassung, die vor ihm ebenfalls NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seiner sehr allgemein gehaltenen Analyse vertreten hatte.

Etwas sybillinisch gab sich der Vizepräsident allerdings, als er sagte, dass es keine militärische Lösung des Ukraine-Konflikts geben könne, dass aber jeder Staat das Recht habe, sich zu verteidigen. Und Kerry liess ebenfalls keine Zweifel darüber aufkommen, dass die USA für die Souveränität der Ukraine einstehen werden.

Petro Poroschenko, Angela Merkel und Joseph Biden.



Sichtlich erbittert geisselte hingegen Petro Poroschenko die russische Aggression. Russland müsse für Vertragsbrüche zur Rechenschaft gezogen werden. Und obwohl er sich, wie er darlegte, als Friedenspräsident versteht, rief er nach westlicher Unterstützung mit Kriegsmaterial. Und die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, erklärte gewohnt markig, dass ihr Land der Ukraine mit allen nötigen Mitteln zur Verteidigung unter die Arme greifen wolle.

Der russische Aussenminister Sergei Lawrow nahm ebenfalls kein Blatt vor den Mund und erhob schwere Vorwürfe gegen die ukrainische Regierung, die sich nationalistischen, ja faschistischen Zielen verschrieben habe. Gründe für die rapide Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen sieht er nicht zuletzt im «obsessiven» Festhalten am europäischen Raketenabwehrprojekt und in der Ablehnung des 2008 von Dmitri Medwedew präsentierten Vorschlages für ein neues Sicherheitssystem in Europa.

Die Diskussionen zeigten die jeweils sehr unterschiedlichen Wahrnehmungsbilder. Die von der EU als Förderung demokratischer und freiheitlicher Prozesse verstandene Annäherung an die Ukraine wird von Russland aus hauptsächlich geopolitischer Sicht als strategisches Ausgreifen im Verbund mit den USA und der NATO betrachtet. Wohl deshalb und aus langer nachbarschaftlicher Erfahrung meinte der finnische Staatspräsident Sauli Niinistö, dass es falsch wäre, Russland isolieren zu wollen. Unter dem Eindruck der gegenwärtig angespannten weltpolitischen Lage, stellte die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini im Übrigen eine neue strategische Analyse in Aussicht, die jene von 2003/2008 ersetzen soll.

Kampf gegen den Islamischen Staat

Fast ebenso viel Aufmerksamkeit wurde der Unrast im Nahen und Mittleren Osten und dabei in erster Linie den Mordbrennereien des Islamischen Staates (IS) zuteil. Und damit rückte auch das Thema des «hybriden Krieges», das heisst: von militärischen Gewaltformen in Verbindung mit verdeckten Operationen, Cyberakti-



Sergei Lawrow.

Bilder: MSC

vitäten, ausgefeilter Nutzung sozialer Medien und Terror, in den Vordergrund. Die zumeist an der Oberfläche verharrenden Diskussionen liessen allerdings den Eindruck erwecken, als hätten nur einige wenige Votantinnen und Votanten die Schriften von James Mattis, Herbert McMaster, Frank Hoffman oder Rupert Smith gelesen.

«Die territoriale Integrität der Ukraine wird ebenso missachtet wie ihre staatliche Souveränität. Das Völkerrecht wird gebrochen.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Aussenminister Kerry konstatierte einige Erfolge im vereinten Kampf gegen den IS. So sei es doch gelungen, Erdöl-einrichtungen, die zur Finanzierung dienten, wieder in Besitz zu nehmen, und Territorium vor allem durch den Einsatz von Peschmerga-Kämpfern zu entreissen. Man stehe aber immer noch am Anfang. Über den Einsatz militärischer Mittel gab es in diesem Fall keine Differenzen. Im Umgang mit dem IS, so sagte Steinmeier, helfe Diplomatie nicht. Deshalb beteilige sich Deutschland mit Ausbildungsunterstützung und Waffenlieferungen an der breiten Allianz zur Zerschlagung dieser Terrororganisation, der es die «pseudo-religiöse Maske» vom Gesicht zu reissen gelte, sagte Ursula von der Leyen. Und der irakische Premierminister Haidar al-Abadi rief nach zusätzlicher technischer Hilfe.

Ob es wirklich nur darum geht? Technisches Gerät mag zurzeit zwar nötig sein, doch handelt es sich künftig vielmehr darum, eine innere Erneuerung vieler arabischer Staaten herbeizuführen, wie der ehemalige Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, in einem eindrücklichen Referat

zu bedenken gab. Jetzt wirke sich die chaotische Neugliederung des Irak nach dem amerikanischen Einmarsch 2003 dramatisch aus. Die Unzufriedenheit der Jugend bilde eine Brutstätte der Radikalisierung. Ohne Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte könnten – dies die Botschaft Kofi Annans – auch

die besten Strategien nichts bewirken.

Wie immer vermittelte die Münchner Sicherheitskonferenz auch dieses Jahr wieder eine Fülle von Anregungen. Bedrohliche Entwicklungen in allen Facetten zu erkennen, wird aber nicht möglich sein. Im Februar 2014 prognostizierte nämlich niemand eine Lage, wie sie gegenwärtig in der Ukraine zu beobachten ist. Und so gesehen ist die Auffassung des französischen Aussenministers Laurent Fabius wohl richtig, bei Analyse und Prognose bescheiden zu bleiben. ■



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH